

WEITERDENKEN

Jana Faus/Simon Storcks/Selina Alin, pollytix strategic research gmbh

„Alles kostet Geld, aber man kann nicht alles mit Geld richten“

Vom Wandel zum Fortschritt: Hoffnungen und Ängste vor der digitalen und ökologischen Transformation in Nordrhein-Westfalen.

Nordrhein-Westfalen steht mit der digitalen und ökologischen Transformation vor großen Veränderungen. Doch es gibt keine Aufbruchstimmung. Die Menschen wünschen sich eine Verschnaufpause, ihr Sicherheitsbedürfnis ist ausgeprägt und nimmt zu. Von der Landespolitik wird erwartet, dass sie für Planungs- und Erwartungssicherheit sorgt.

Gerade für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen bringen Dekarbonisierung und Digitalisierung grundlegende Veränderungen: Der Kohleausstieg im Rheinischen Revier, der anhaltende Strukturwandel im Ruhrgebiet, tiefgreifende Umstellungen in der Stahl-, Metall- und Chemieindustrie sind Ausdruck davon.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die steigenden Energiepreise sowie neue Fragen der Energieversorgung haben den Veränderungsdruck noch einmal deutlich erhöht. Wenn die Transformation in Deutschland erfolgreich sein soll, muss sie vor allem im bevölkerungsreichsten Bundesland gelingen.

Wesentliche Ergebnisse der Studie

In einer qualitativen Untersuchung für das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. wurde im Januar 2022, also vor Be-

ginn des Ukraine-Krieges, anhand von Fokusgruppen die aktuelle Einstellung der Menschen im Bundesland untersucht. Das wichtigste Ergebnis der Studie ist: **Krisenmüdigkeit** greift um sich.

Politisch und institutionell gibt es einen **Vertrauensverlust**, gesellschaftlich ist das Gefühl einer zunehmenden Fragmentierung entstanden. Einige Menschen haben mit einem **Rückzug ins Private** reagiert. Sie fragen sich, was die digitale und ökologische Transformation für das eigene Leben bedeutet.

Damit die Bevölkerung Veränderungen mitträgt, muss aus der Sicht der Befragten verstärkt kommuniziert werden, warum, wie und mit welchem Ziel eine bestimmte Maßnahme durchgesetzt wird. Die Erfahrungen aus zwei Jahren Pandemie zeigen: „Maßnahmenwirrwarr“ und fehlende politische Richtungsdefinition mündeten in einer starken **Politik- und Institutionen-Verdrossenheit**.

Dieser Vertrauensverlust hat einen Keil zwischen Bürger_innen und Politik getrieben. An dieser Stelle könnte auch politische Bildung ansetzen, um das Verhältnis wiederzubeleben bzw. zu stärken. Klimaschutz sowie die digitale und ökologische Transformation sollten als gesamtgesellschaftliche Aufgaben begriffen werden.

Häufig fehlen in der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens jedoch noch die Vorstellung über das tatsächliche Ausmaß der Transformation und den nachhaltigen Einfluss, den diese auf das Land ausüben werden. Die Bevölkerung muss abgeholt und bei der Gestaltung mitgenommen werden. Hier liegen Potenzial, die politische Selbstwirksamkeit der Bürger_innen zu stärken.

Bürger_innen und Politik müssen wieder stärker in Dialog treten.

Damit die Transformation für Nordrhein-Westfalen eine Erfolgsgeschichte wird, müssen die ökonomischen Probleme und sozialen Konflikte antizipiert und adressiert werden. Getroffene Maßnahmen und eingeleitete Prozesse müssen nicht nur auf Akzeptanz, sondern auf Unterstützung der Bürger_innen des Landes



Jana Faus ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin, Gründerin und Geschäftsführerin der Berliner Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh. Sie forscht seit mehr als 15 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland und ist Autorin mehrerer Studien und Publikationen. Mit pollytix berät sie auf Basis qualitativer und quantitativer Forschung Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft strategisch zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.



Simon Storcks ist Soziologe M.A. und spezialisiert auf politische Partizipationsforschung sowie Methoden der empirischen Sozialforschung. Er ist Senior Berater bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh und hat zahlreiche qualitative und quantitative Studien zu gesellschaftspolitischen Fragen durchgeführt und publiziert.



Selina Alin ist Soziologin M.A. und hat ihre Schwerpunkte in der politischen Soziologie sowie der Migrations- und Geschlechterforschung. Sie ist Projektmanagerin bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research gmbh und war bei der Durchführung verschiedener qualitativer Forschungsprojekte beteiligt.

stoßen. Dass dies gelingen kann, beweist die Vergangenheit: Nordrhein-Westfalen und seine Bürger_innen haben ihre Fähigkeit zum Wandel bereits mehrfach unter Beweis gestellt.

Pandemie erzeugt Krisenmüdigkeit und Orientierungslosigkeit

Nach zwei Jahren Pandemie war die Stimmung bei den Befragten alles andere als optimistisch und der Zukunft zugewandt. Im Oktober 2020 waren viele Bürger_innen noch positiv beeindruckt. Es gab ein Gefühl des wachsenden gesellschaftlichen Zusammenhalts und das Zutrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik war gestärkt. Doch je länger die Pandemie andauerte, desto stärker hat sich diese optimistische Perspektive eingetrübt.

Waren zu Beginn des Jahres 2021 schon erste Anzeichen von Frustration vernehmbar, zeigten die Befragten der durchgeführten Fokusgruppen Anfang 2022 deutlich: Der anfängliche Optimismus ist einer Krisenmüdigkeit gewichen. Eine gefühlt nicht enden wollende Pandemie und die damit verbundene fehlende Planungssicherheit haben viele Bürger_innen müde gemacht.

Das anfängliche Gefühl des Zusammenhalts ist damit der Sorge vor weiteren gesellschaftlichen Konflikten gewichen. Die Krisenmüdigkeit, die fehlende Planungssicherheit und die Sorge vor gesellschaftlicher Fragmentierung werden sich durch den Krieg in der Ukraine und seine Folgen nochmals deutlich verschärft haben.

„Es treffen Welten aufeinander, entweder pro oder kontra, aber kein Miteinander. Das ist Öl ins Feuer gießen, das ist eine ganz schwierige Nummer. Es ist einfach zu wenig Kommunikation.“
(Fokusgruppe Düsseldorf/Köln/Bonn)

Bürger_innen kritisieren politische Planlosigkeit

Eine schon vor der Krise mitunter ausgeprägte Politikverdrossenheit hat sich bei einigen Befragten sogar in eine generelle Institutionenverdrossenheit verwandelt. Die Befragten nehmen Politik, Verwaltung und Institutionen als kopflos und uneinheitlich wahr. Es fehle ein gemeinsames Ziel, eine ganzheitliche Strategie. Kritisiert wird orientierungsloses Reagieren und Taktieren, Bürokratie, Kirchturmdenken und Verantwortungsdiffusion. Dabei braucht es in ihren Augen derzeit mehr denn je planvolles Agieren und mutiges Gestalten sowie Konsequenz und Stringenz.

Die Befragten vermissen auch einen Plan für die Zukunft des Landes. Sie wünschen sich Leitlinien, die Verlässlichkeit schaffen und Erwartungssicherheit garantieren. Dieses Auseinanderklaffen von Wunsch und Wahrnehmung hat zur Folge, dass es nur geringes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik gibt.

„Manchmal habe ich das Gefühl, die Leute wollen auch gar nichts tun. Und das empfinden wir dann vielleicht als Stillstand oder zu langatmig, wie auch immer.“
(Fokusgruppe Ruhrgebiet)

„Ich verlasse mich da auch nicht auf die Politik, die reden nur viel, und es passiert eigentlich nichts.“
(Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Befragte fühlen sich gefangen im Krisenalltag

Die Bewältigung des eigenen anstrengenden (Krisen-)Alltags steht im Vordergrund. Die Befragten konzentrieren sich auf konkrete tägliche Probleme und Herausforderungen – wie den täglichen Stau und den stockendem Nahverkehr als täglichem Stressfaktor auf dem Weg zur Arbeit, die mangelnde Digitalisierung und den Unterrichtsauffall an Schulen oder die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung.

Im Vergleich zu diesen konkreten Problemen wirken die großen Herausforderungen der Zukunft auf die Befragten momentan eher abstrakt und wenig präsent. Alltag und Krise lassen wenig Energie, sich selbst damit zu beschäftigen. Und das Vertrauen in die Politik ist diesbezüglich ebenfalls gering. Diese Haltung verdeutlicht folgende Frage: Wenn die Politik schon die akuten Alltagsprobleme nicht in den Griff bekomme, wie soll sie dann die großen Transformationen der Zukunft bewältigen?

Viele wünschen sich Verschnaufpause

Zukunft ist längst nicht mehr gleichbedeutend mit Fortschritt. Feststellbar ist eine Entpolitisierung, ein Rückzug ins Private, der Wunsch nach einem Ende des Krisenmodus und das Bedürfnis, den „normalen“ Alltag zurück zu gewinnen.

Es zeigte sich: Die Befragten brauchen nach zwei Jahren Pandemie eine Verschnaufpause, um Motivation und Energie für die anstehende Transformation und die damit verbundenen großen Zukunftsherausforderungen zu haben. Es ist anzunehmen, dass die Ukraine-Krise diese Verschnaufpause nicht nur weiter in die Ferne gerückt hat, sondern die Notwendigkeit dafür noch einmal deutlich verstärkt hat.

Hoffnungen und Ängste im digitalen und ökologischen Wandel

Alltags-Themen – Stau, die Suche nach einem KiTa- oder Pflegeplatz, Bürokratie und ähnliches – bewegten die Befragten am meisten. Sorgen vor Veränderungen durch den digitalen und ökologischen Wandel sind den wenigsten präsent. Sie werden, wenn überhaupt, eher diffus beschrieben.

Krisenalltag versperrt den Blick auf die Zukunft

Zukünftige Entwicklungen bereits zu antizipieren, fällt den Befragten eher schwer. Stärker belasten die Sorge, den eigenen Lebensstandard zu halten, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Preise bei Lebensmitteln und Energie – eine Tendenz, die durch den Ukraine-Krieg noch einmal verstärkt wurde.

„Alles kostet Geld und man kann nicht alles mit Geld richten: Man muss auch richtige und auch strategische, langfristige Entscheidungen treffen und das ist schwierig.“
(Fokusgruppe Düsseldorf/Köln/Bonn)

„Ich habe Sorge, dass ich den Strom noch bezahlen kann.“
(Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Zwar versperren die Krisen den Blick in die Zukunft, doch sie unterstreichen auch die Herausforderungen der digitalen und ökologischen Transformationen. Sei es die Digitalisierung mit Home-Office und Home-Schooling in Zeiten von Corona oder die Energiewende und Dekarbonisierung angesichts der Energieabhängigkeit von Russland.

Positive Einstellung zur digitalen Transformation

Die Digitalisierung lässt die Befragten weniger an Herausforderungen denken. Vielmehr wird darunter überall verfügbare digitale Infrastruktur und schnelles Internet verstanden. Insgesamt ist der Blick darauf eher positiv als sorgenvoll: Digitalisierung wird in erster Linie mit Arbeitserleichterung, Effizienzsteigerung, Entstehung neuer Jobs oder der Möglichkeit zum mobilen Arbeiten verknüpft.

Sorgen um den möglichen Verlust des eigenen Arbeitsplatzes oder um den Verlust von Arbeitsplätzen insgesamt sind hingegen we-

nig vorhanden. Selbst Arbeitsverdichtung wird mitunter eher als positive Effizienzsteigerung gesehen und weniger als zunehmende Belastung. Die Offenheit gegenüber der Digitalisierung ist generell hoch.

„Ich spare unglaublich viel Zeit, weil viele Online-Meetings effektiver sind. Ich glaube einfach, dass ich viel mehr arbeiten werde, weil ich einfach sehr viel mehr Meetings in kurzer Zeit abarbeiten kann.“ (Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Mitunter sorgen sich ältere Bürger_innen mit wachsenden Anforderungen nicht mehr Schritt halten zu können. Als weitere negative Folgen von Digitalisierung werden sterbende Innenstädte durch vermehrten Online-Handel, Druck durch permanente Erreichbarkeit oder auch der Verlust „echter“ sozialer Kontakte und die zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung aufgrund von Anonymität im Netz oder Hassausbrüchen gesehen.

„Das Persönliche geht verloren. Man trifft sich nicht mehr, man telefoniert mal schnell übers Internet, sieht sich ja dann, anstatt sich einfach mal abends auf ein Bierchen zu treffen.“ (Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Auch bei der technischen Ausstattung von Schulen sowie der digitalen Infrastruktur werden große Probleme gesehen. Vielen Schüler_innen war es durch digital unerfahrene Lehrkräfte oder fehlende Endgeräte und mangelhafte Internetverbindung schlicht nicht möglich, online am Unterricht zu partizipieren. Soziale Ungleichheiten im Bildungsbereich verschärften sich auf diese Weise.

Viele Befragten glauben, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern den Anschluss an die Digitalisierung verpasst habe und großen Aufholbedarf besitze.

„Dass man überall ein Handynetz hat, es keine Lücken, keine Lücken gibt, auf der Autobahn nicht, auf der Landstraße nicht, in den Zügen nicht, nirgendwo. Es muss einfach funktionierendes Internet geben, das ist eine Grundvoraussetzung, damit wir Digitalisierung überhaupt durchführen können.“ (Fokusgruppe Münsterland)

Gewünscht werden ein Ausbau der digitalen Infrastruktur, Schulungen zur Digitalkompetenz und nicht zuletzt ein Umdenken. Gefordert wird, dass die Landespolitik die Digitalisierung planvoll angeht, um das Land fit für die digitale Zukunft zu machen. Insgesamt sind die Befragten überzeugt, dass die Digitalisierung für ihr Bundesland eher eine große Chance darstellt als ein Risiko.

Ökologische Transformation ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit

Auch wenn Veränderungen durch den Klimawandel für die meisten Befragten bereits spürbar sind, ist das kurz- und vor allem langfristige Ausmaß weiterer klimawandelbedingter Veränderungen noch wenig greifbar – und manche Befragte überfordert das Thema auch.

Die Flutkatastrophe im Sommer 2021 wurde zwar in jeder der Gruppen genannt, aber nicht immer mit dem Klimawandel verknüpft. Klimaschutz wird vor allem als Veränderung des persönlichen Konsum- oder Mobilitätsverhaltens eingeordnet. Die Befragten erwarten, dass es in Zukunft mehr Fahrradwege und E-Autos geben wird und regionale Lebensmittel stärker gefragt sein werden.

Sorgen vor den Auswirkungen des Klimawandels beziehen sich vor allem auf persönliche Einschnitte, wie beispielsweise teurere Mobilität. Maßnahmen müssten vor allem die „normalen Leute“ tragen, so die Haltung. Klimaschutz wird so zur finanziellen Frage

für viele. Vereinzelt wird dies mit Sorge verbunden, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland durch Klimaschutzmaßnahmen weiter zunehmen könnte.

Die Diskussionen unterstreichen, dass die ökologische Transformation bei den Befragten nur dann Unterstützung findet, wenn sie als sozial-ökologische Transformation gestaltet wird.

„Wenn ich in meinem Portemonnaie nachgucken muss, ob ich mir morgens irgendwie ein Frühstück holen kann oder in den Supermarkt gehe und gucke, ob ich das, was ich im Wagen habe, bezahlen kann ... Natürlich standen auch hier eine ganze Menge Menschen, tagelang im Hochwasser, natürlich kommt das nicht aus heiterem Himmel, aber das ist nicht das Problem, was mich jeden Morgen packt, beschäftigt, besorgt.“ (Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Die aktuellen politischen Entwicklungen in Folge des Ukraine-Kriegs und die weiteren Preissteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und Sprit erhöhen die Relevanz des Themas. Es ist anzunehmen, dass der finanzielle Druck und die Angst vor den finanziellen Folgen des Klimaschutzes dadurch eher zunimmt.

Neue Chancen durch Klimaschutz

Kaum jemand äußert angesichts der ökologischen Transformation allerdings Sorge vor dem eigenen Jobverlust oder negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft insgesamt. Wenn bestimmte Arbeitsplätze oder Wirtschaftszweige wegfallen, so die Annahme der Befragten, würden neue entstehen.

Konkretes Wissen über Substitutionspotenziale oder Möglichkeiten klimafreundliche Arbeitsplätze neu zu schaffen, fehlt jedoch. Selbst der anstehende Ausstieg aus der Kohleenergie sowie die Umstrukturierung der Automobilindustrie werden nicht als bedrohlich wahrgenommen. Die Befragten sind vorsichtig zuversichtlich, dass Klimaschutz durch Innovation eher neue Chancen kreieren wird, als dass er eine direkte Bedrohung darstellt.

„Wenn wir es attraktiv gestalten, ist es eine Chance. Es können ja auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Zum Beispiel bei den Autoherstellern, wenn ich dann keine Motoren mehr entwickeln kann, dann muss ich die Leute umschulen für andere Sachen.“ (Fokusgruppe Ruhrgebiet)

Alle sind überzeugt, dass es wichtig ist, die Welt für nachfolgende Generationen zu bewahren. Dennoch stellt die ökologische Transformation vor allem eine (persönliche) Kosten-Nutzen-Rechnung dar.

Es wird deutlich der Wunsch geäußert, dass klimapolitische Maßnahmen keine finanzielle Belastung bedeuten und sozial gerecht gestaltet werden. Statt Verbote setzen die Befragten auf preiswerte und nachhaltige Alternativen, etwa für Mobilität, Lebensmittel, Energie und Wirtschaft.

Der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen – so die Forderung – muss sozial gerecht gestaltet und umgesetzt werden und für alle gleichermaßen umsetzbar sein, etwa durch das Schaffen neuer Arbeitsplätze. Dennoch sind die (konkreten) Erwartungen an die Landespolitik eher verhalten, ihr wird hier wenig Kompetenz zugetraut.

„Wenn der öffentliche Nahverkehr kostenfrei wäre und ausgebaut würde: Bei uns im Dorf, da würde es mir nichts bringen, wenn es kostenfrei ist, weil kein Bus kommt. Aber generell würde ich sagen, es wäre eine bombastische Idee, dass man eben in einen Bus reinspringt und wieder raus.“ (Fokusgruppe Münsterland)

Methodische Anmerkungen

Lebensrealitäten und Zukunftseinschätzungen, Ängste und Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen – all dies ist stark eingebettet in einen sozialen Kontext. Daher werden diese von uns auch in einem sozialen Setting untersucht: **Fokusgruppen** sind Gruppendiskussionen, die durch professionelle Moderation ein bestimmtes Thema fokussieren.

Durch Fokusgruppen werden Diskussionen simuliert, wie sie täglich millionenfach zwischen Nachbar_innen, Freund_innen und Kolleg_innen in Deutschland geführt werden. Für diese Studie wurden **acht zweistündige Fokusgruppen** mit je sieben bis acht in Nordrhein-Westfalen wahlberechtigten Personen zwischen 30 und 60 Jahren durchgeführt. Die Fokusgruppen fanden zwischen dem 12. und dem 19. Januar 2022 statt – online als Videokonferenz.

Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde in jeder Gruppe auf eine **ausgewogene demografische Mischung** geachtet: Geschlecht, Alter, Einkommen, Berufstätigkeit und Kinder. Die Auswirkungen der Transformation auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt werden Akademiker_innen und Nicht-Akademiker_innen unterschiedlich stark treffen. Daher haben diese in unterschiedlichen Fokusgruppen getrennt voneinander diskutiert.

Nordrhein-Westfalen und insbesondere das Ruhrgebiet weisen im bundesdeutschen Vergleich der sieben Metropolregionen eine deutlich niedrigere Akademiker_innen-Dichte auf. Um eine Überrepräsentation zu vermeiden, wurden zudem **nur zwei Gruppen mit Akademiker_innen** durchgeführt und sechs mit Nicht-Akademiker_innen.

Geografische Diversität: Dynamische Groß- und Mittelstädte grenzen in Nordrhein-Westfalen unmittelbar an ländliche wie städtische Räume, die sich in einer andauernden Strukturkrise befinden. Dem Ruhrgebiet als größtem Ballungsgebiet Deutschlands und fünftgrößtem Europas kommt dabei eine herausragende Rolle zu. Zugleich sind neue Wachstumsbranchen entstanden und der Ausbau der „Wissenschaftsregion Ruhr“ wurde forciert. Ökologisch hat das Ruhrgebiet von den Veränderungen profitiert, aber hohe Arbeitslosigkeit und hohe Armutsquoten sind negative Kehrseiten dieser Entwicklung.

Um der Heterogenität Nordrhein-Westfalens Rechnung zu tragen wurden jeweils zwei Fokusgruppen mit Menschen aus dem **Münsterland** und zwei mit Menschen aus dem Gebiet **Köln/Bonn/Düsseldorf** durchgeführt sowie vier Fokusgruppen mit Menschen aus dem Ruhrgebiet – um hinsichtlich der **besonderen Rolle des Ruhrgebiets** hier eine Überquotierung zu gewährleisten.

Folgende Fragen standen in den Fokusgruppen im Mittelpunkt:

- Haben die Bürger_innen eine realistische Vorstellung von den Veränderungen, die auf das Land und auf sie zukommen?
- Unter welchen Bedingungen sind sie bereit, diese Veränderungen mitzutragen?
- Was glauben sie, wie sich das Land einerseits und ihr eigenes, alltägliches Leben andererseits, konkret wandeln werden?
- Welche Hoffnungen und Erwartungen haben sie angesichts der Transformation?
- Welche Ängste und Sorgen prägen ihren Blick in die Zukunft?
- Welche Weichenstellungen und Maßnahmen erfahren Zustimmung, was stößt auf Ablehnung?

Die Studie wurde im Januar 2022 durchgeführt, also vor dem russischen Angriffskrieg. Die Herausforderungen und Probleme, welche die Studie aufzeigt, dürften sich durch die Ukraine-Krise noch einmal deutlich verschärft haben.

LITERATUR:

Fink, Philipp; Henricke, Martin; Tiemann, Heinrich 2019: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Henricke, Martin 2021: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zu tun ist., Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW, Bonn.

Henricke, Martin; Noll, Wulf 2020: Strukturwandel im Ruhrgebiet. Was wir für zukünftige Transformationsprozesse daraus lernen können, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Ickstadt, Lutz; Faus, Rainer 2021: Leben in der Pandemie. Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW, Bonn.

Werkmann, Caroline; Wolfs, Laura 2021: Corona als Brennglas. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und politische Erwartungen nach dem Corona-Schock in Nordrhein-Westfalen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW, Bonn.

In der Reihe „Weiterdenken“ sind bereits erschienen:

- C. Krell: Aufstieg ist möglich! – Ist Aufstieg möglich? 2019/1.
- B. Küpper: Einwanderungspolitik für die pragmatische Mitte. 2019/2.
- A. Karačić: Sozialer Fortschritt durch technische Innovation? 2019/3.
- S. Rammler, I. Kollosche, A. Breitzkreuz: Mobilität für alle. 2019/4.
- F. Decker: Vertrauen und Demokratiezufriedenheit an Rhein und Ruhr. 2019/5.
- G. Bellenberg: Gleiche Bildungschancen für alle! 2020/1.
- M. Florack: Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt. 2020/2.
- C. Tribowski: Sozial und Ökologisch! Nachhaltig leben in NRW. 2021/1.
- C. Werkmann, L. Wolfs: Corona als Brennglas. 2021/2.
- A. Sobieraj: Die Gesellschaft, in der ich leben möchte. 2021/3.
- M. Roos, U. Paetzel, A. Knickmeier: Gemeinsam besser ans Ziel. Wie Genossenschaften die Mobilitätswende voranbringen könnten. 2021/4.
- G.A. Horn: Vor großen Herausforderungen Eine neue Industriepolitik für NRW 2021/5.
- M. Henricke: Ungleiches Nordrhein-Westfalen. Gleichwertige Lebensverhältnisse und zukünftige Transformationsprozesse in NRW. Was jetzt zutun ist. 2021/6.
- T. Heilmann/A. Kümmerling/T. Rinke: Homeoffice und mobile Arbeit – Potenziale und Handlungsbedarfe. 2021/7.
- L. Ickstadt, R. Faus: Leben in der Pandemie, Ergebnisse aus quantitativer Forschung in Nordrhein-Westfalen während der Corona-Pandemie. 2021/8.
- G.R. Wollinger, St. Kersting: Zukunftsweisende Sicherheitspolitik in NRW. 2022/1.
- T. Wind: „Und dann will man nicht ständig jeden Cent umdrehen müssen...“. 2022/2.

Abrufbar unter: www.fes.de/landesbuero-nrw

Impressum: © Friedrich-Ebert-Stiftung | **Herausgeber:** Landesbüro NRW, Petra Wilke (V. i. S. d. P.), Godesberger Allee 149, 53175 Bonn | Tel.: 0228 883-7202 | Fax: 0228 883-9208 | landesbuero-nrw@fes.de | www.fes.de/landesbuero-nrw | www.facebook.com/FESNRW | twitter.com/FESNRW | ISBN: 978-3-98628-176-2 | **Gestaltung:** pellens.de | **Druck:** Friedrich-Ebert-Stiftung | **Fotos:** FES; NRW-Fahne: Yul/fotolia.com; Skyline: Hans-Jürgen Landes; shamm, Tobias Arhelger, Henrik Dolle, photofranz56, elxeneize/fotolia.com; Beeldbewerking, AndresGarciaM/istockphoto.com; birdys/photocase.de; Lokilech, Thomas Wolf/Commons wikimedia.org

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind von den Autor_innen in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

